

Deutschland-Neu-Ulm: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 168/2023 01/09/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Neu-Ulm
Postanschrift: Kantstraße 8
Ort: Neu-Ulm
NUTS-Code: DE279 Neu-Ulm
Postleitzahl: 89231
Land: Deutschland
E-Mail: vergabestelle@lra.neu-ulm.de
Telefon: +49 731704031201
Fax: +49 731704031998
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <https://www.vergabe.bayern.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/251756>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/1/tenderId/251756>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Fachplanerleistungen Heizung, Klima, Lüftung, Sanitär
Referenznummer der Bekanntmachung: 32-23-001 a

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Fachplanungsleistungen für das vertragsgegenständliche Projekt betreffend den Neubau des 4-zügigen Lessing-Gymnasiums mit 5-zügig ausgebauten Jahrgangsstufen 5 bis 7 (mit Erweiterungsoption auf eine vollständige 5-Zügigkeit) in der neunjährigen Form (G9) auf der pädagogischen und räumlichen Grundlage der „Offenen Lernlandschaften“ (Clusterprinzip). Das Projekt umfasst zudem den Rückbau der Bestandssporthalle sowie die Errichtung von zwei Dreifachsporthallen mit sechs Einheiten, Pausenhof- und Freisportflächen sowie die verkehrliche Infrastruktur (Andienung, Fahrradstellplätze etc.).

Ausgeschrieben werden die Planungsleistungen im Leistungsbild Technische Gebäudeausrüstung (Heizung, Lüftung, Sanitär - HLS) einschließlich nutzungsspezifischer und verfahrenstechnischer Anlagen Gebäudeleittechnik (GLT) in den Anlagegruppen 1, 2, 3, 7 und 8 , Leistungsphasen (LPH) 1 - 9, für die vorgenannten benötigten Neubaugebäude.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

Wert ohne MwSt.: 1 350 000,00 EUR

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE279 Neu-Ulm

Hauptort der Ausführung: 89231 Neu-Ulm

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Ingenieurleistungen im Leistungsbild Technische Gebäudeausrüstung (Heizung, Lüftung, Sanitär - HLS) einschließlich nutzungsspezifischer und verfahrenstechnischer Anlagen Gebäudeleittechnik (GLT) gemäß § 55 HOAI, Leistungsphasen 1-9.

Die Leistungen werden stufenweise beauftragt, jeweils zunächst die Leistungsphasen 1 und 2 gemäß beigefügtem Ingenieurvertrag.

Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Leistungsphasen - ganz oder teilweise - zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf Übertragung dieser Leistungen besteht nicht.

Die Baustruktur des Gebäudes soll so ausgelegt sein, dass sowohl eine Anpassung an ein verändertes pädagogisches Konzept als auch eine spätere Erweiterung, z. B. um ein Cluster, möglich ist. Die Erweiterungsmöglichkeit um ein Cluster mit ca. 470 m2 BGF ist vorzusehen. Ebenfalls ist die Erweiterungsmöglichkeit der Mensa um ca. 95 m2 BGF angedacht. Gebäude und Ausstattung sollen eine Einheit bilden und in gegenseitiger Ergänzung geplant werden. Gleichzeitig soll die Ausstattung multifunktional und flexibel nutzbar sowie an sich wechselnde Bedarfe anpassbar sein. Bei der Wahl von Konstruktion und Materialien sind Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit der Baustoffe zu prüfen, gleichzeitig ist die Wirtschaftlichkeit (in Bezug auf die Herstellungs-, Unterhalts- und Betriebskosten) zu berücksichtigen. Eine kompakte, flächensparende Bauweise mit Flachdach ist gewünscht. Die Dächer werden extensiv oder intensiv begrünt. Ausgenommen sind technische Aufbauten und Dachterrassen mit einem Anteil von ca. 40% der jeweiligen Dachfläche. Die durchwurzelbare Gesamtschichtdicke wird mindestens 10 cm betragen. Unter Aufrechterhaltung der Funktion der Dachbegrünung sollen Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen installiert werden. Weitere Informationen sind dem Verfahrensbrief zu entnehmen.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Leistung / Gewichtung: 65

Kostenkriterium - Name: Preis / Gewichtung: 35

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Beginn: 01/12/2023 Ende: 31/07/2028

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Anzahl der Bewerber: 3 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Es erfolgt keine Beschränkung der Bewerberzahl.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

A) Nachweis über entsprechende Berufszulassung (Berufsqualifikation innerhalb des Büros nach §75 VgV) – hier Leistungsbild Technische Gebäudeausrüstung (Heizung, Lüftung, Sanitär - HLS) einschließlich nutzungsspezifischer und verfahrenstechnischer Anlagen Gebäudeleittechnik (GLT)

B) Der Bieter hat in einer Eigenerklärung anzugeben, ob bzw. welche Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer

Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden ist (vgl. Bewerbungsbogen, Anlage 1). Soweit zutreffend sind Angaben zu getroffenen Maßnahmen zur Selbstreinigung gemäß § 125 GWB zu machen.

C) Eigenerklärung (soweit erforderlich) der Bietergemeinschaftsmitglieder zur gesamtschuldnerischen Haftung und Benennung desjenigen, der die Bietergemeinschaft vertritt einschließlich Nachweis der Vertretungsmacht.

Bei Bietergemeinschaften sind die gem. Ziffern III.1.1. bis III.1.3 geforderten Erklärungen und Nachweise von jedem Mitglied gesondert zu erbringen.

D) Erklärung zur Eintragung in das Berufsregister. Sollte das Angebot in die engere Wahl kommen, sind durch nicht-präqualifizierte Unternehmen als Nachweis auf Anforderung folgende Belege vorzulegen:

- Gewerbeanmeldung,
- Handelsregistrauszug,
- Eintragung in die Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer.

E) Erklärung bezüglich der Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft.

F) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Bezugs zu Russland.

G) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 22

Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

H) Im Fall einer Eignungsleihe (soweit zutreffend): Eigenerklärung zur Eignungsleihe, einschließlich Verpflichtungserklärung des Unterauftragnehmers/sonstigen Dritten. Im Falle der Eignungsleihe (=Inanspruchnahme der Fachkunde oder Leistungsfähigkeit eines Unterauftragnehmers oder sonstigen Dritten) hat der Bieter eine verbindliche Verpflichtungserklärung des jeweiligen Unternehmens vorzulegen, dass ihm die Mittel zur Verfügung stehen werden bzw. dass der Dritte die Leistung ausführen wird (§ 47 Abs. 1 VgV) sowie eine Erklärung der gemeinsamen Haftung des Bieters und des anderen Unternehmens für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe. Jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, muss folgende Erklärungen vorlegen:
Fortsetzung unter Abschnitt VI.3

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme je Versicherungsfall i.H.v. 3,0 Mio. EUR für Personenschäden sowie 3,0 Mio. EUR für Sach- und sonstige Schäden. Ein Nachweis der Berufshaftpflichtversicherungsdeckung gem. § 45 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 VgV bzw. eine schriftliche Erklärung des Versicherers zur Erhöhung der Berufshaftpflichtversicherung im Auftragsfall muss den Angebotsunterlagen beiliegen.

B) Eigenerklärung über den Jahresumsatz der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre im Durchschnitt (Gesamtsumme bei Bietergemeinschaften) in Höhe von mind.: ≥ 750.000 EUR netto

C) Erklärung, dass in Bezug auf das Unternehmen ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet oder ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde.

D) Erklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt hat.

E) Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, sind durch nicht-präqualifizierte Unternehmen zusätzlich auf Anforderung folgende Nachweise vorzulegen:

- eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse,
- eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. eine Bescheinigung in Steuersachen,
- Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft.

F) Soweit ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt worden ist, ist der Bieter verpflichtet, dies mitzuteilen und hat den Insolvenzplan auf Verlangen vorzulegen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

A) Eigenerklärung über die Anzahl der techn. Mitarbeiter (einschl. Büroinhaber/n) der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre im Durchschnitt (Gesamtsumme bei Bietergemeinschaften): von mind. ≥ 10 .

B) Davon Anzahl der Mitarbeiter mit Studienabschluss der Fachrichtung Gebäudetechnik HLS (oder vergleichbarer Studienabschluss) mit mind. 5 Jahren Berufserfahrung (Gesamtsumme bei Bietergemeinschaften): von mind. ≥ 6 .

C) Büroreferenzen zur Prüfung der fachlichen Eignung (§ 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV): Mindestens zwei (2) in den letzten 10 Jahren (seit 2013) vergleichbare Planungsleistungen unter Angabe von Leistungszeit, Auftragsgegenstand, Leistungsumfang (beauftragte Leistungsphasen und Projektvolumen) sowie des öffentlichen oder privaten Auftraggebers mit folgenden Mindestanforderungen:

- o Beauftragte Leistungsphasen 1-9 im Sinne HOAI
- o Projektvolumen KG 400 $\geq 2.000.000$ EUR brutto

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Natürliche Personen, die gemäß Rechtsvorschriften ihres Heimatlandes zur Führung der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ berechtigt sind. Ist in den jeweiligen Heimatländern die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die Anforderung als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfzeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/26/EG der EU-Kommission gewährleistet ist. Juristische Personen, wenn deren satzungsmäßiger Geschäftszweck auf Planungsleistungen ausgerichtet ist und wenn der verantwortliche Verfasser der Planung oder der gesetzliche Vertreter der juristischen Person die an die natürliche Person gerichteten Anforderungen erfüllt.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren Beschleunigtes Verfahren Begründung:

Eine Verkürzung der Mindestfrist für die Abgabe der Teilnahmeanträge in Stufe I von 30 Tagen auf 15 Tage (§ 17 Abs. 2 VgV i. V. m. § 17 Abs. 3 VgV) sowie der Angebote in Stufe II von 30 Tagen auf 15 Tage (§ 17 Abs. 6 i. V. m. § 17 Abs. 8 und 9 VgV) aufgrund Dringlichkeit, die sich bedingt durch die zwingende Neuausschreibung der Leistung aufgrund eines vorangegangenen erfolglosen Verfahrens ergeben hat, da ansonsten mit einem erheblichen Zeitverzug f. d. Gesamtprojekt mit entspr. Folgen gerechnet werden muss.

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 13/09/2023 Ortszeit: 10:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 20/09/2023

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 29/11/2023

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2. Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen

Aufträge werden elektronisch erteilt

Die elektronische Rechnungsstellung wird akzeptiert

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3. Zusätzliche Angaben

Fortsetzung zu Abschnitt III.1.1

a) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. §§ 123, 124 GWB und ob er selbst bzw. ein nach Satzung oder Gesetz für den Bewerber Vertretungsberechtigter in den letzten zwei Jahren

- gem. § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz oder
- gem. § 21 Abs. 1 Arbeitnehmerentsendegesetz oder
- gem. § 19 Abs. 1 Mindestlohngesetz mit einer

Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 EUR belegt worden ist (vgl. Bewerbungsbogen, Anlage 1).

Soweit zutreffend sind Angaben zu getroffenen Maßnahmen zur Selbstreinigung gemäß §125 GWB zu machen.

b) Nachweis der Eignung des Unternehmens, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, in Bezug auf die Eignungskriterien entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe (vgl. Bewerbungsbogen Anlage 1) je nachdem, welche Eignung in Anspruch genommen werden soll. Auf § 47 Abs. 1 Satz 3 VgV wird ausdrücklich hingewiesen.

Hinweis: Erfüllt ein Unternehmen diejenigen Eignungskriterien nicht, dessen Kapazitäten der Bieter für die Erfüllung eines oder mehrerer Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, kann der Auftraggeber vorschreiben, dass der Bieter das entsprechende Unternehmen ersetzen

muss (§ 47 Abs. 2 VgV). Nimmt der Bieter die Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit in Anspruch, kann der Auftraggeber eine gemeinsame Haftung des Bieters und des (jeweils) anderen Unternehmens entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe verlangen (§ 47 Abs. 3 VgV).

c) Erklärung zur Eintragung in das Berufsregister. Sollte das Angebot in die engere Wahl kommen, sind durch nicht-präqualifizierte Unternehmen als Nachweis auf Anforderung folgende Belege vorzulegen:

- Gewerbeanmeldung,
- Handelsregistrauszug,
- Eintragung in die Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

d) Erklärung bezüglich der Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

e) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Bezugs zu Russland

f) Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gem. § 22 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG).

Es sind sofern zutreffend Angaben zu Auftragsanteilen in einer Bietergemeinschaft (differenziert nach Auftragsanteil je Mitglied) zu machen.

Des Weiteren sind sofern zutreffend Angaben von Auftragsanteilen zu machen, für die der Bieter einen Unterauftrag (differenziert nach Auftragsanteil je Unterauftragnehmer) zu erteilen beabsichtigt.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern -Vergabekammer Südbayern-

Ort: München

Postleitzahl: 80534

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 89/2176-2411

Fax: +49 89/2176-2847

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit:

- 1) der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
- 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Landratsamt Neu-Ulm

Postanschrift: Kantstraße 8

Ort: Neu-Ulm

Postleitzahl: 89231

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@lra.neu-ulm.de

Telefon: +49 731704031201

Fax: +49 731704031998

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

28/08/2023